

Beiträge zum Informationsrecht

Band 36

**Informationszugangsansprüche
des forschenden Wissenschaftlers**

Von

Erik Hevers



Duncker & Humblot · Berlin

ERIK HEVERS

Informationszugangsansprüche
des forschenden Wissenschaftlers

Beiträge zum Informationsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Hansjürgen Garstka,
Prof. Dr. Michael Kloepfer,
Prof. Dr. Eva Inés Obergfell,
Prof. Dr. Friedrich Schoch

Band 36

Informationszugangsansprüche des forschenden Wissenschaftlers

Von

Erik Hevers



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs-
und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.
hat diese Arbeit im Jahr 2014
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2015 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI buchbücher.de, Birkach
Printed in Germany

ISSN 1619-3547
ISBN 978-3-428-14705-2 (Print)
ISBN 978-3-428-54705-0 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84705-1 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern
Elke und Dr. Jürgen Hevers*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript habe ich im August 2013 abgeschlossen, Rechtsprechung und Schrifttum sind bis dahin berücksichtigt. Punktuelle spätere Aktualisierungen waren noch bis März 2015 möglich.

Großen Dank möchte ich zuerst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M., aussprechen. Er hat mir die Anregung zum Zugschnitt der Untersuchung auf individuelle Ansprüche von Wissenschaftlern auf Informationszugang zu Forschungszwecken gegeben und mir dabei von Anfang an den gewinnbringenden Ansatz einer Verbindung der zivilrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Dimension der Thematik nahegelegt. Auch für die Betreuung der Arbeit – zuerst noch in Göttingen, sodann in Freiburg – und die Erstellung des Erstgutachtens schulde ich ihm Dank. In vielen Gesprächen, vor allem auf den regelmäßigen Doktorandenseminaren, haben er und Herr Privatdozent Dr. Michael Heese, LL.M., meine Arbeit durch wertvolle Anregungen und stets konstruktive Kritik befördert.

Dank gilt auch Herrn Professor Dr. Jens-Peter Schneider, der die Mühe des Zweitgutachtens auf sich genommen und dieses trotz des Umfangs der Arbeit in beachtlich kurzer Zeit erstellt hat. Herrn Professor Dr. Friedrich Schoch sowie den Mitherausgebern der „Beiträge zum Informationsrecht“ danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Ebenfalls zu danken habe ich dem Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT GmbH für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Mein größter Dank gebührt schließlich meinen Eltern, Elke und Dr. Jürgen Hevers, die mich während der gesamten Promotionszeit in jeder erdenklichen Weise unterstützt und mir stets den nötigen Rückhalt gegeben haben, der es mir erst ermöglicht hat, mich für einige Jahre ganz der Arbeit an der Dissertation zu verschreiben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Braunschweig, im März 2015

Erik Hevers

Inhaltsübersicht

Kapitel 1

Einleitung	47
A. Problemstellung	47
B. Präzisierung des Themas	51
I. Ansprüche	52
II. Information	53
III. Zugang	54
IV. Wissenschaftliche Forschung	55
C. Ziel der Untersuchung	56
I. Vorliegende monographische Untersuchungen zum Themenbereich	56
II. Verbleibender Untersuchungsbedarf	57
D. Gang der Untersuchung	59

Kapitel 2

Verfassungsrechtliche Gewährleistungen für den informationsbegehrenden Wissenschaftler	61
A. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 Abs. 3 GG	61
I. Der Schutzzumfang der Wissenschaftsfreiheit im allgemeinen	61
II. Grundrechtlicher Informationszugangsanspruch gegen staatliche Stellen	69
III. Grundrechtlicher Berücksichtigungsanspruch gegen staatliche Stellen	122
IV. Vorgaben für die Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zu privaten Informationsinhabern	132
B. Das Grundrecht auf Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	142

Kapitel 3

Anforderungen an Reichweite und Ausgestaltung des Informationszugangsrechts für die Wissenschaft	146
A. Allgemeines	146
B. Voraussetzungen eines Informationszugangsanspruchs	146

I.	Informationen in staatlicher Hand	146
II.	Informationen in privater Hand	147
C.	Grenzen des Informationszugangs	150
I.	Kollisionslagen	151
II.	Kriterien zur Gewichtung und Abwägung	166
III.	Mittel zur Privilegierung der Wissenschaft durch Begrenzung der Ein- griffsintensität	208
IV.	Rahmen und Maßstäbe der Abwägung	226
D.	Ausgestaltung eines Zugangs	250
I.	Informationen in staatlicher Hand	250
II.	Informationen in privater Hand	252

Kapitel 4

Ansprüche auf Zugang zu Informationen in staatlicher Hand 255

A.	Anspruchsgrundlagen und deren Voraussetzungen und Reichweite im Überblick	255
I.	Allgemeines	255
II.	Die relevanten Normkomplexe und die allgemeinen Vorschriften	256
III.	Reichweite des beanspruchbaren Zugangs	284
IV.	Zusammenfassende Bewertung der Zugangsvoraussetzungen	288
B.	Grenzen des Informationszugangs	297
I.	Die normativen Kollisionslösungen im Überblick	299
II.	Wirkung und Bedeutung von Einwilligungsklauseln	350
III.	Bedeutung der Respektierung von Geheimhaltungsvorschriften	358
IV.	Wirkung und Bedeutung der Abwägungsklauseln	371
V.	Ermessen und Ermessensreduktion	421
VI.	Zusammenfassende Bewertung der Zugangsgrenzen	427
C.	Ausgestaltung des Informationszugangs	443
I.	Zugangsmodalitäten	443
II.	Rechtsnatur der Zugangsgewährung	448
D.	Zusammenfassende Bewertung der Zugangsrechtslage und Änderungs- vorschläge	451
I.	Die Zugangslage nach geltendem Recht in der Gesamtschau	451
II.	Die Bedeutung des Informationsfreiheitsrechts im weiteren Sinne für den wissenschaftlichen Informationszugang	456
III.	Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des durchsetzbaren wissenschaft- lichen Informationszugangs im Ganzen	458

Kapitel 5

**Ansprüche auf Zugang zu Informationen
in privater Hand** 464

A. Spezialgesetzliche Zugangsansprüche gegen bestimmte Private 464

B. Nicht spezialgesetzlich geregelte Ansprüche gegen private Zugangsverweigerer 467

 I. Ausgangslage 467

 II. Mögliche Anspruchsgrundlagen 472

 III. Materielle Voraussetzungen eines Informationsvertragsanspruches auf Grundlage des erweiterten allgemeinen Kontrahierungszwangs 555

 IV. Grenzen des Informationsvertragsanspruches aus erweitertem allgemeinem Kontrahierungszwang 574

 V. Ausgestaltung und Wirkungen eines abzuschließenden Informationszugangsvertrages 596

 VI. Zusammenfassung der Rechtslage und Verbesserungsvorschläge de lege ferenda 629

C. Ansprüche auf Zugang zu angemessenen Bedingungen gegen prinzipiell Zugangsgewährungswillige 655

 I. Problemstellung und Ausgangslage 655

 II. Die Lösungsvorschläge der Open-Access-Bewegung 659

 III. Kartellrechtliche Ansprüche 664

 IV. Anspruch auf billige Vertragsbedingungen nach § 315 BGB analog .. 676

 V. Zusammenfassung und Folgerungen 678

Kapitel 6

Zusammenfassung 683

Literaturverzeichnis 695

Sachwortregister 754

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	47
A. Problemstellung	47
B. Präzisierung des Themas	51
I. Ansprüche	52
II. Information	53
III. Zugang	54
IV. Wissenschaftliche Forschung	55
C. Ziel der Untersuchung	56
I. Vorliegende monographische Untersuchungen zum Themenbereich	56
II. Verbleibender Untersuchungsbedarf	57
D. Gang der Untersuchung	59

Kapitel 2

Verfassungsrechtliche Gewährleistungen für den informationsbegehrenden Wissenschaftler 61

A. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 Abs. 3 GG	61
I. Der Schutzzumfang der Wissenschaftsfreiheit im allgemeinen	61
1. Personeller Schutzbereich	61
a) Wissenschaftler im privaten Bereich	62
b) Wissenschaftler im staatlichen und quasi-staatlichen Bereich	63
2. Sachlicher Schutzbereich	64
a) Mindestanforderungen an die Wissenschaftlichkeit einer Betätigung	64
aa) Eigenverantwortlichkeit	64
bb) Veröffentlichungsgerichtetheit nicht erforderlich	66
b) Der Kreis der geschützten Einzeltätigkeiten	67
3. Die Wirkrichtung des Grundrechtsschutzes	68
II. Grundrechtlicher Informationszugangsanspruch gegen staatliche Stellen	69
1. Informationszugang aus dem abwehrrechtlichen Gehalt der Wissenschaftsfreiheit	70
a) Die Konzeptionen der Literatur im Überblick	71

b)	Bestimmung des grundrechtlich geschützten Freiheitsbereiches .	73
c)	Der Zugang zu staatlichen Informationsbeständen als abwehrrechtlich geschützte Freiheit des Wissenschaftlers	74
d)	Die Verbotswirkung einer Zugangsverweigerung bei staatlichem Informationsmonopol	76
aa)	Die Angewiesenheit auf staatliche Informationen	77
(1)	Das Informationsmonopol des Staates	77
(2)	Die Anspruchslosigkeit gegen Private	79
bb)	Das (alleinige) Haben von Informationen als Eingriff in die Forschungsfreiheit	80
cc)	Der konkrete Verweigerungsakt als Eingriff in die Forschungsfreiheit	80
dd)	Die Erlangung von exklusiven Informationen als Eingriff in die Forschungsfreiheit	81
ee)	Der Ausschluß Dritter von der Information (Monopolisierung) als Eingriff in die Forschungsfreiheit	81
e)	Rechtsfolge	84
f)	Zusammenfassung	84
2.	Informationszugang als Teilhabe- oder Leistungsanspruch	85
a)	Informationszugang als derivatives Teilhaberecht	86
b)	Informationszugang als originärer Leistungsanspruch	89
aa)	Probleme bei der Herleitung konkreter Leistungsansprüche aus Grundrechten	89
bb)	Das Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts als Ausgangspunkt	91
cc)	Konkretisierung auf eine bestimmte Leistung	93
(1)	Die Rechtsprechung zur Wissenschaftsfreiheit	93
(2)	Rechtsprechung zu Leistungsrechten aus anderen Grundrechtsbestimmungen	95
(a)	Existenzminimum	95
(b)	Privatschulsubventionierung	96
(c)	Auskunftsanspruch für Pressevertreter	97
(d)	Übertragbarkeit der Grundgedanken	98
dd)	Anforderungen an ein originäre Leistungspflichten des Staates begründendes Grundrechtsausübungsdefizit	100
(1)	Keine Rundumversorgungspflicht des Staates	100
(2)	Die Garantenstellung des Staates für ein gewisses Maß an freier Wissenschaft	101
(3)	Versuche zur Bestimmung des verfassungsrechtlich garantierten Minimalumfangs freier Wissenschaft in Rechtsprechung und Schrifttum	103
(a)	Bestimmung nach der Art der Informationen	103
(b)	Bestimmung nach der Richtung der die Informationen benötigenden Forschung	104

(4) Grundgedanken zur Ermittlung vom Staat aktiv zu gewährleistender Forschungsbereiche	105
(5) Untergliederungen der Wissenschaft in Subsysteme und ihre Eignung zur Anknüpfung für eine staatliche Garantienpflicht	106
(a) Wissenschaftsklassen	106
(b) Disziplinen	107
(c) Untauglichkeit der Disziplin als Anknüpfungspunkt für eine staatliche Garantienpflicht	109
(d) Die Fächer als primäre subdisziplinäre Gliederungsebene	109
(e) Verfassungsrechtliche Relevanz des Faches als Teilsystem der Wissenschaft	112
(6) Die Notlage der Forschung in einem Fach als Voraussetzung eines originären Leistungsanspruchs	112
(7) Folgen für den Informationszugang	113
ee) Der Vorbehalt des Möglichen	114
ff) Überprüfung der Ergebnisse durch Konfrontation mit den übrigen Problemen	116
(1) Bestimmtheitsproblem	116
(2) Gewaltenteilungsproblem	118
(3) Subjektivierbarkeit	118
(4) Eingriff in Grundrechte Dritter und sonstige Rechtsgüter von Verfassungsrang	120
gg) Zusammenfassung	121
III. Grundrechtlicher Berücksichtigungsanspruch gegen staatliche Stellen ..	122
1. Angemessene Berücksichtigung der Wissenschaftsfreiheit bei Ermessensentscheidungen	122
2. Schutz des Informationszugangsinteresses durch zumindest abwägungsoffene Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses von Wissenschaftlern zum Staat	123
3. Konfrontation des Berücksichtigungsanspruches mit den typischen Problemen originärer Leistungsansprüche	126
4. Typisierende Betrachtung von Informationszugangsregelungen und Anforderungen an eine Rechtfertigung bei Abweichen vom grundrechtlich grundsätzlich geforderten Soll-Zustand	128
5. Zusammenfassung	132
IV. Vorgaben für die Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zu privaten Informationsinhabern	132
1. Grundrechtliche Schutzpflichten und Drittwirkung der Grundrechte allgemein	133
2. Maß der Schutzpflicht	135
3. Primäre und sekundäre Schutzpflichtenebene	138

4. Auferlegung von Handlungspflichten als Schutzpflichtenerfüllung . . .	139
5. Folgerungen für die Beanspruchbarkeit eines Informationszugangs .	141
B. Das Grundrecht auf Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	142

Kapitel 3

Anforderungen an Reichweite und Ausgestaltung des Informationszugangsrechts für die Wissenschaft	146
A. Allgemeines	146
B. Voraussetzungen eines Informationszugangsanspruchs	146
I. Informationen in staatlicher Hand	146
II. Informationen in privater Hand	147
C. Grenzen des Informationszugangs	150
I. Kollisionslagen	151
1. Datenschutz im weiteren Sinne	151
2. Schutz von Geheimnissen Privater	151
3. Immaterialgüterrecht	152
a) Gewerblicher Rechtsschutz	152
b) Geheimes Know-How	153
c) Urheberrecht	155
aa) Erstveröffentlichungs- und Erstmitteilungsrecht (§ 12 UrhG)	155
bb) Vervielfältigungsrecht (§ 16 UrhG)	157
cc) Verbreitungsrecht (§ 17 UrhG)	157
(1) Die Weitergabehandlung	157
(2) Der einzelne Werkempfänger als Öffentlichkeit	160
(3) Erfüllung des Verbreitungstatbestandes durch Gewäh- rung von Werkzugang	161
(4) Erschöpfung und Schranken des Verbreitungsrechts . . .	162
dd) Sonstige Bestandteile des Urheberrechts	165
4. Öffentliche Nichtoffenbarungsinteressen	165
5. Sonstige Belange	165
II. Kriterien zur Gewichtung und Abwägung	166
1. Dem Zugang entgegenstehende Interessen	166
a) Datenschutz im weiteren Sinne	166
aa) Personenbezogene Daten Lebender (Datenschutz im engeren Sinne)	166
(1) Verfassungsrechtliche Grundlage und Schutzgrund.	166
(2) Gewichtung des Nichtoffenbarungsinteresses	167
(a) Sensibilität	167
(b) Sonstige den Daten eigene Belange	168
(c) Der angestrebte Verwendungszusammenhang	169

bb) Postmortaler Persönlichkeitsschutz	171
(1) Verfassungsrechtliche Grundlage, Schutzgrund und Rechtsträgerschaft.	171
(2) Informationszugangsrelevanter Schutzinhalt	173
(3) Auswirkungen auf die Zugangsgewährung	175
b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	176
aa) Verfassungsrechtliche Grundlage und Schutzgrund	177
bb) Gewichtung des Nichtoffenbarungsinteresses	180
(1) Die Eigenart des Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses	180
(2) Der angestrebte Verwendungszusammenhang	181
c) Urheberrecht	183
aa) Verfassungsrechtliche Grundlage, einfachgesetzliche Kodifikation und Schutzgrund	183
bb) Gewichtung des Nichtoffenbarungsinteresses	183
(1) Ideelle Interessen am Ausschluß des Werkzugangs	183
(2) Wirtschaftliche Interessen am Ausschluß des Werkzugangs	184
(3) Verortung der Interessen innerhalb der bestehenden Urheberrechtskodifikation und Bedeutung für eine Abwägung	185
d) Öffentliche Nichtoffenbarungsinteressen	186
aa) Schutzbereich und verfassungsrechtliche Grundlage	186
bb) Gewichtung des Nichtoffenbarungsinteresses	188
e) Sonstige Belange	189
2. Das wissenschaftliche Zugangsinteresse	189
a) Die Bedeutung des Forschungsvorhabens	191
aa) Verfassungsrechtliche Verankerung und Folgen für die Gewichtung.	191
bb) Gewichtung des Allgemeininteresses am Forschungsvorhaben	192
cc) Gewichtung des Individualinteresses am Forschungsvorhaben	195
dd) Staatliche Befugnis zur Bewertung der Bedeutung eines Forschungsvorhabens	196
b) Das Gefahrenpotential für die entgegenstehenden schutzwürdigen Interessen	197
aa) Die Gefahrenquellen bei Zugänglichmachung von Informationen zur wissenschaftlichen Verwendung.	197
(1) Veröffentlichung der Forschungsergebnisse	197
(2) Mißbrauchsrisiko	198
(a) Charakterisierung des Mißbrauchsrisikos	198
(b) Kriterien zur Bemessung des Mißbrauchsrisikos	198
(3) Planmäßige Durchführung der Untersuchungen	201

bb)	Bewertung der Gefahren für personenbezogene Daten	202
(1)	Veröffentlichung der Forschungsergebnisse	202
(2)	Mißbrauchsrisiko	203
(3)	Planmäßige Durchführung der Untersuchungen	204
cc)	Bewertung der Gefahren für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	204
(1)	Veröffentlichung der Forschungsergebnisse	205
(2)	Mißbrauchsrisiko	205
(3)	Planmäßige Durchführung der Untersuchungen	206
dd)	Bewertung der Gefahren für urheberrechtliche Interessen	206
ee)	Bewertung der Gefahren für öffentliche Nichtoffenbarungsinteressen	207
III.	Mittel zur Privilegierung der Wissenschaft durch Begrenzung der Eingriffsintensität	208
1.	Quantitative Zugangsbeschränkungen	209
a)	Teilzugang	209
b)	Zugang zu anonymisierten Informationen	209
c)	Gewährung einer bestimmten Zugangsart	210
2.	Qualitative Zugangsbeschränkungen	211
a)	Veröffentlichungsverbot oder -beschränkungen	211
b)	Zweckbindung	214
c)	Weitergabe- und Vervielfältigungsverbot	214
d)	Verpflichtung zur Löschung, Vernichtung, Anonymisierung oder Rückgabe	215
e)	Verpflichtung zu technischen oder organisatorischen Sicherheitsvorkehrungen	215
f)	Deklaratorische Hinweise und Verpflichtungen	216
g)	Sanktionsbestimmungen	217
aa)	Hoheitliche Sanktionsbestimmungen	217
(1)	Zivilrechtliche Haftung	217
(2)	Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Haftung	218
(3)	Disziplinarrecht	221
(4)	Verwaltungszwang	221
bb)	Strafversprechen	222
(1)	Wirkung des Strafversprechens	223
(2)	Verbindung von Zugangsentscheidung und Strafversprechen im Zivilrecht	224
(3)	Verbindung von Zugangsentscheidung und Strafversprechen im öffentlichen Recht	224
h)	Zustimmung zur Bekanntgabe der eigenen Daten an den Betroffenen	226
IV.	Rahmen und Maßstäbe der Abwägung	226
1.	Informationen in öffentlicher Hand	227
a)	Typische Kollisionsfälle im öffentlichen Bereich	227

aa)	Personenbezogene Informationen	227
bb)	Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	227
cc)	Urheberrechtlich geschützte Informationen	228
dd)	Im öffentlichen Nichtoffenbarungsinteresse stehende Infor- mationen	231
b)	Sachgerechte Lösung der Kollisionslagen	231
aa)	Grundsätzliches	231
bb)	Grenzziehung bei personenbezogenen Daten	233
cc)	Grenzziehung bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	234
dd)	Grenzziehung bei Urheberrechten	235
ee)	Grenzziehung bei öffentlichen Nichtoffenbarungsinteressen	237
ff)	Grenzziehung bei sonstigen Interessen	238
2.	Informationen in privater Hand	239
a)	Typische Kollisionsfälle im privaten Bereich	239
aa)	Personenbezogene Informationen	239
bb)	Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	240
cc)	Urheberrechtlich geschützte Informationen	240
dd)	Im öffentlichen Nichtoffenbarungsinteresse stehende Infor- mationen	241
b)	Sachgerechte Lösung der Kollisionslagen	242
aa)	Grundsätzliches	242
bb)	Grenzziehung bei personenbezogenen Daten	244
cc)	Grenzziehung bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	247
dd)	Grenzziehung bei Urheberrechten	248
ee)	Grenzziehung bei öffentlichen Nichtoffenbarungsinteressen	249
ff)	Grenzziehung bei sonstigen Interessen	250
D.	Ausgestaltung eines Zugangs	250
I.	Informationen in staatlicher Hand	250
1.	Zugangsmodalitäten	250
2.	Rechtlicher Rahmen für den Informationszugang	251
II.	Informationen in privater Hand	252
1.	Zugangsmodalitäten	252
2.	Rechtlicher Rahmen für den Informationszugang	253

Kapitel 4

**Ansprüche auf Zugang zu Informationen
in staatlicher Hand**

A.	Anspruchsgrundlagen und deren Voraussetzungen und Reichweite im Überblick	255
I.	Allgemeines	255
II.	Die relevanten Normkomplexe und die allgemeinen Vorschriften	256

1. Archivrecht	256
2. Informationsfreiheitsrecht	261
3. Registerrecht	266
4. Allgemeine Vorschriften	272
a) Allgemeiner Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	272
b) Grundrechtsunmittelbare Ansprüche	276
c) Amtshilfeanspruch	278
5. Dokumentenzugangsrecht der EU	281
a) Primärrechtliche Ebene	281
b) Sekundärrechtliche Ebene	283
III. Reichweite des beanspruchbaren Zugangs	284
IV. Zusammenfassende Bewertung der Zugangsvoraussetzungen	288
1. Verfassungsrechtlich unproblematische Normen	289
2. Verfassungsrechtlich rechtfertigungsfähige Zugangsvoraussetzungen	293
3. Verfassungswidrige Zugangsvoraussetzungen	295
4. Verbesserungsbedürftigkeit de lege ferenda jenseits der verfassungsrechtlichen Erfordernisse	296
B. Grenzen des Informationszugangs	297
I. Die normativen Kollisionslösungen im Überblick	299
1. Datenschutz im weiteren Sinne	299
a) Grundstrukturen	299
b) Als personenbezogen geschützte Informationen	300
c) Abwägungsnormen und ihre Ausgestaltung	301
d) Änderungen durch die geplante EU-Datenschutz-Grundverordnung	306
2. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	312
a) Grundstrukturen	312
b) Als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis geschützte Informationen	313
c) Ausgestaltung der Kollisionsnormen in den Zugangsnormkomplexen	314
d) Die allgemeinen Vorschriften	316
3. Urheberrecht	318
a) Gestalt des Urheberrechtsschutzes in den Zugangsnormkomplexen	318
b) Abwägungsloser Zugangsausschluß bei Entgegenstehen von Urheberrechten	319
c) Anwendung von Schrankengeneralklauseln mit Abwägungserfordernis auf den Urheberrechtsschutz	321
d) Abwägungsnormen mit dem Urheberrechtsschutz in Zugangsnormkomplexen auf Bundes- und Landesebene	322
e) Möglichkeit der Einwilligung des Berechtigten	326
f) Bestimmung des Entgegenstehens von Urheberrechten nach dem Urheberrechtsgesetz	326

aa)	Keine generelle „nachgelagerte“ Güter- und Interessenabwägung	327
bb)	Notstandsrecht als Anknüpfungspunkt	329
cc)	Die klassische Notstandslage zugunsten der wissenschaftlichen Forschung	330
dd)	Die Voraussetzungen einer notstandsähnlichen Lage zugunsten der wissenschaftlichen Forschung	331
ee)	Die Ermöglichung des Forschungsvorhabens als notstandsähnliche Handlung	333
ff)	Ausgestaltung der Abwägung im Notstand	333
gg)	Rechtsfolgen der notstandsähnlichen Situation	334
4.	Öffentliche Nichtoffenbarungsinteressen	335
a)	Grundstrukturen	335
b)	Respektierung von besonderen Geheimnisnormen und Verschlußsachen	335
c)	Schutzgüter der Zugangshindernisse	337
aa)	Überblick	337
bb)	Besonders enge Auslegung weitreichender absolut zugangshindernder Nichtoffenbarungsinteressen	338
(1)	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	339
(2)	Vertraulich erhobene bzw. übermittelte Informationen	340
cc)	Schutzrichtung	342
d)	Ausgestaltung der Kollisionsnormen	343
aa)	Abwägungsmöglichkeiten	343
bb)	Keine Abwägung, aber wertende Bestimmung von Tatbestandsmerkmalen	343
5.	Sonstige Zugangshindernisse	344
a)	Verwaltungsaufwand	345
b)	Organisatorische Gründe	346
c)	Mißbrauchsklauseln	347
II.	Wirkung und Bedeutung von Einwilligungsklauseln	350
1.	Verortung von Einwilligungstatbeständen in Zugangsnormkomplexen	350
2.	Einwilligungspflicht Privater	352
3.	Einwilligungserfordernisse öffentlicher Stellen	353
a)	Arten und Wirkung gesetzlich angeordneter Einwilligungserfordernisse	353
b)	Ausübung urheberrechtlicher Befugnisse	356
III.	Bedeutung der Respektierung von Geheimhaltungsvorschriften	358
1.	Überblick	358
2.	Bestimmung des Kreises respektierter Geheimhaltungsnormen	360
a)	Problemstellung	360
b)	Grundanforderungen an eine Rechtsvorschrift über Geheimhaltung	362

c)	Abgrenzung der Geheimhaltungsnormen von auf andere Zwecke gerichteten Normen	364
d)	Geheimhaltungsvorschriften niederer und höherer Ordnung	366
aa)	Der Lösungsansatz von <i>Schäfer</i> für das Archivrecht	366
bb)	Verallgemeinerung und Präzisierung des Lösungsansatzes	367
cc)	Die Einordnung des § 203 Abs. 2 StGB	368
dd)	Konsequenzen	369
IV.	Wirkung und Bedeutung der Abwägungsklauseln	371
1.	Überblick	371
2.	Abwägungsumfang	373
a)	Berücksichtigungsfähige Zugangsinteressen und -interessenbestandteile	373
b)	Stellenwert des wissenschaftlichen Interesses in der Abwägung	375
c)	Interessenschwellen	379
d)	Interesseannahmen und vermutete Interessen	381
3.	Abwägungsmaßstäbe	382
a)	Einfaches Überwiegen eines Interesses	382
b)	Erhebliches Überwiegen eines Interesses	385
c)	Ausschluß der Interessenbeeinträchtigung	387
d)	Berücksichtigung eines Interesses	390
e)	Regelvermutungen zugunsten und wider das Überwiegen des Zugangsinteresses	392
4.	Mögliche Abwägungsergebnisse	393
a)	Quantitative Teilzugänge	394
b)	Privilegierte, aber qualitativ beschränkte Informationszugänge für die Wissenschaft	394
c)	Möglichkeit privilegierter Informationszugänge ohne spezialgesetzliche Gestattung	396
aa)	Der unbeschränkte Jedermann-Zugang als Leitbild des Informationsfreiheitsrechts	396
bb)	Das Bedürfnis nach qualitativ beschränkter Zugangsgewährung als Abwägungsergebnis im Informationsfreiheitsrecht	397
cc)	Vergleichende Betrachtung des US-amerikanischen Freedom of Information Act	399
(1)	Der Freedom of Information Act und seine Abwägungsnormen	399
(2)	Die unterschiedlichen Standpunkte in früherer Zeit	401
(3)	Die heutige Rechtslage	404
(4)	Auswirkungen der geltenden Rechtslage für den zugangsuchenden Wissenschaftler	405
(5)	Folgerungen aus der Betrachtung der US-amerikanischen Rechtsentwicklung und Vergleich mit der deutschen Rechtslage	408

dd)	Meinungsbild zum qualitativ beschränkten Zugang und Vereinbarkeit mit den Wertungen der deutsch- und unionsrechtlichen Informationsfreiheitsnormen	412
ee)	Ermächtigungsgrundlage zur Anordnung qualitativer Zugangsbeschränkungen als Bedingungen oder Auflagen	415
(1)	Nationales Verwaltungsrecht	415
(2)	Europäisches Verwaltungsrecht	417
(3)	Justizielle Verfahren	418
(4)	Amtshilfverfahren	419
ff)	Anspruch auf qualitativ beschränkten Zugang und Ausgestaltung möglicher Beschränkungen	420
V.	Ermessen und Ermessensreduktion	421
1.	Verortung und Wirkung von Ermessensspielräumen	421
2.	Verdichtung von Ermessens- zu Informationszugangsansprüchen im Wege der Ermessensreduktion auf Null	424
VI.	Zusammenfassende Bewertung der Zugangsgrenzen	427
1.	Verfassungsrechtlich unproblematische Normen	427
a)	Abwägungslose Zugänglichkeit und offene Abwägungen	427
b)	Erforderlichkeit	428
c)	Tauglichkeit der Kollisionsnormen für Fälle eines verfassungsrechtlichen Zugangsanspruchs für die Wissenschaft	429
2.	Verfassungsrechtlich rechtfertigungsfähige Normen	430
a)	Eingeschränkte Berücksichtigungsfähigkeit wissenschaftlicher Interessen	430
b)	Abwägungslose Zugangsausschlüsse	432
c)	Qualifizierte Erforderlichkeit	433
3.	Verfassungswidrige Normen	434
4.	Verbesserungsbedürftigkeit de lege ferenda jenseits der verfassungsrechtlichen Erfordernisse	437
a)	Abbau absoluter Ausschlussausschlüsse zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Zugangsnormkomplexe	437
b)	Erweiterung und Klarstellung der Abwägungsoffenheit und Abwägungsmaßstäbe	438
aa)	Erheblichkeitsschwellen und Beeinträchtigungsausschlüsse ..	438
bb)	Präzisierung zu pauschaler Abwägungsnormen	439
cc)	Urheberrechtliche Offenbarungsbefugnis	440
dd)	Schaffung ausdrücklicher Abwägungsnormen im EU-Dokumentenzugangsrecht	441
c)	Erweiterung der Möglichkeiten und der Rechtsklarheit hinsichtlich qualitativ beschränkter Informationszugänge	441
C.	Ausgestaltung des Informationszugangs	443
I.	Zugangsmodalitäten	443
1.	Art des Zugangs	443

2. Zeitraum bis zum Zugang	445
3. Kosten des Zugangs	447
II. Rechtsnatur der Zugangsgewährung	448
D. Zusammenfassende Bewertung der Zugangsrechtslage und Änderungsvorschläge	451
I. Die Zugangslage nach geltendem Recht in der Gesamtschau	451
1. Weitgehende Erfüllung der Anforderungen des Art. 5 Abs. 3 GG ..	451
2. Wissenschaftsfreundliche Auslegung des geltenden Rechts	451
3. Grenzen der wissenschaftsfreundlichen Auslegung	452
4. Probleme im Bereich der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit	452
5. Struktureller materieller Verbesserungsbedarf zur Schaffung einer zeitgemäßen Gestaltung des wissenschaftlichen Informationszugangs	453
6. Die Ausgestaltung und Reichweite des Informationszugangs	454
II. Die Bedeutung des Informationsfreiheitsrechts im weiteren Sinne für den wissenschaftlichen Informationszugang	456
1. Verbesserung der Zugangslage und deren Gründe	456
2. Risiken durch das Informationsfreiheitsrecht	457
III. Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des durchsetzbaren wissenschaftlichen Informationszugangs im Ganzen	458
1. Alternativen gesetzgeberischer Maßnahmen zur Verbesserung des wissenschaftlichen Informationszugangs	458
2. Fortentwicklung des Informationsfreiheitsrechts	459
3. Grundstruktur eines möglichen spezialgesetzlichen Wissenschaftsinformationszugangsrechts	460

Kapitel 5

Ansprüche auf Zugang zu Informationen in privater Hand	464
A. Spezialgesetzliche Zugangsansprüche gegen bestimmte Private	464
B. Nicht spezialgesetzlich geregelte Ansprüche gegen private Zugangsverweigerer	467
I. Ausgangslage	467
1. Nichteinschlägigkeit anerkannter Informationsansprüche	468
2. Rechtsprechung und Literaturmeinungen zur Möglichkeit weitergehender Informationszugangsansprüche für den Wissenschaftler	469
3. Bedürfnis nach einem weitergehenden Zugangsanspruch	470
4. Gang der Untersuchung	472
II. Mögliche Anspruchsgrundlagen	472
1. Spezialgesetzliche Zwangslizenzen	472
a) Immaterialgüterrechtliche Zwangslizenz	472

aa)	Überblick über das Rechtsinstitut	472
bb)	Grundsätzliche Eignung für einen Informationszugangsanspruch zugunsten von Wissenschaftlern	475
	(1) Erfüllbarkeit der Voraussetzungen einer Zwangslizenzerteilung für den Wissenschaftler	475
	(2) Tauglichkeit der Rechtsfolgen zur Befriedigung des Informationszugsbegehrens	477
cc)	Übertragbarkeit des Rechtsgedankens der immaterialgüterrechtlichen Zwangslizenz auf geheime Informationen	478
	(1) Ähnlichkeit zwischen gewerblichen Schutzrechten und geheimem Know-How	479
	(2) Auswirkungen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen gewerblichen Schutzrechten und geheimem Know-How auf die Übertragbarkeit des Rechtsgedankens der Zwangslizenz	480
	(3) Die gesetzlichen Wertungen	482
	(4) Analogiefähigkeit der Rechtsvorschriften für immaterialgüterrechtliche Zwangslizenzen	483
dd)	Ergebnis	484
b)	Kartellrechtliche Zwangslizenz	484
aa)	Überblick über das Rechtsinstitut	484
	(1) Arten kartellrechtlicher Zwangslizenzen und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	485
	(2) Anwendung der Zwangslizenzen nach der Essential Facilities Doktrin auf Informationen	486
	(3) Einschlägige Rechtsgrundlagen und ihr Verhältnis zueinander	487
	(4) Anspruchsinhaber und rechtliche Ausgestaltung einer Zwangslizenz	489
	(5) Voraussetzungen einer Zwangslizenz an Informationen im Überblick	489
	(a) Allgemeine Voraussetzungen der Mißbrauchskontrolle	490
	(b) Voraussetzungen der (modifizierten) Essential Facilities Doktrin	491
	(c) Übertragbarkeit der Voraussetzungen für Zwangslizenzen an Immaterialgüterrechten auf geheimes Know-How	492
bb)	Wissenschaftler als mögliche Begünstigte einer kartellrechtlichen Zwangslizenz	494
	(1) Direkte Anwendung nach (modifizierten) Essential-Facilities-Kriterien	494
	(a) Wissenschaftlich benötigte Information als wesentliche Einrichtung	495
	(b) Der Informationsinhaber als Marktbeherrscher	496

(c)	Wissenschaftliche Forschung als Wettbewerbstätigkeit auf einem abgeleiteten Markt	498
(aa)	Der Markt für das Forschungsergebnis	499
(bb)	Der Markt für die Forschungsleistung	501
(d)	Außergewöhnliche Umstände	502
(aa)	Drohender Wettbewerbsausschluß auf einem abgeleiteten Markt	502
(bb)	Verhinderung eines neuen, potentiell nachgefragten Produkts bzw. des technischen Fortschritts zum Schaden der Verbraucher	504
(cc)	Sonstige außergewöhnliche Umstände	507
(e)	Rechtfertigung der Vorenthaltung einer wesentlichen Einrichtung	507
(f)	Ergebnis	509
(2)	Erweiterung des Rechtsinstituts auf Fälle der Wissenschaftsbehinderung durch Informationsrestriktion	510
cc)	Ergebnis	512
2.	Allgemeines Deliktsrecht	513
a)	Ansprüche aus § 823 Abs. 1, 2 BGB, eventuell i.V.m. § 1004 BGB analog	513
aa)	§ 823 Abs. 1 BGB, eventuell i.V.m. § 1004 BGB analog	513
bb)	§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 323c StGB, eventuell i.V.m. § 1004 BGB analog	517
b)	Anspruch aus § 826 BGB, auch i.V.m. § 1004 BGB analog	519
aa)	Grundsätzliche Eignung des § 826 BGB für einen Zugangsanspruch	519
bb)	Der allgemeine Kontrahierungszwang als Anwendungsfall des § 826 BGB	521
cc)	Dogmatische Herleitung und Natur des allgemeinen Kontrahierungszwangs	523
(1)	Der Vertragsschluß als Schadensersatz, Unterlassung oder Störungsbeseitigung	523
(2)	Der Zeitpunkt der Anspruchsentstehung	524
(3)	Keine unmittelbare gesetzliche Leistungspflicht anstatt Pflicht zu kontrahieren	525
dd)	Überblick über die Voraussetzungen des allgemeinen Kontrahierungszwangs nach Rechtsprechung und Schrifttum	526
ee)	Die Konkretisierung des Inhalts des abzuschließenden Vertrages	529
ff)	Die Eignung des allgemeinen Kontrahierungszwangs für den Informationszugang des Wissenschaftlers	532
(1)	Einschlägigkeit der Voraussetzungen	532
(2)	Konkretisierung der Voraussetzungen auf die relevanten Fälle wissenschaftlicher Zugangsbegehren	535

(3) Unzulänglichkeit des allgemeinen Kontrahierungszwangs zur befriedigenden Lösung von Situationen wissenschaftlicher Informationsbegehren	536
gg) Anwendbarkeit des allgemeinen Kontrahierungszwangs auf Fälle ohne Vertragsgeneigntheit	536
(1) Meinungsbild	536
(2) Fortentwicklung des Rechtsinstituts des allgemeinen Kontrahierungszwangs	540
(a) Grundsätzliche Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Privatautonomie und anderen Grundrechten	540
(b) Eignung des § 826 BGB zu tiefgreifenden Eingriffen in die Privatautonomie	542
(c) Wertungen des Grundgesetzes und paralleler Fälle des einfachen Rechts	543
(d) Ergebnis	546
hh) Dogmatische Konstruktion des erweiterten allgemeinen Kontrahierungszwangs	546
ii) Auswirkungen der Erweiterung auf die Inhaltsbestimmung	550
jj) Zustandekommen des verlangbaren Vertrages	551
III. Materielle Voraussetzungen eines Informationsvertragsanspruches auf Grundlage des erweiterten allgemeinen Kontrahierungszwangs	555
1. Vorüberlegung: Intensität des Einflusses des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit	555
2. Die Voraussetzungen im Überblick	556
a) Qualifizierter Forschungsanlaß	557
b) Qualifizierte Angewiesenheit auf die Information	559
c) Hinreichende Erfolgswahrscheinlichkeit der Forschung	560
d) Gewähr für qualitativ hochwertige wissenschaftliche Arbeit	561
e) Persönliche Berufenheit des Wissenschaftlers zur Durchführung der Forschung	563
3. Fallbeispiele	563
IV. Grenzen des Informationsvertragsanspruches aus erweitertem allgemeinem Kontrahierungszwang	574
1. Personenbezogene Daten im weiteren Sinne	575
2. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	577
3. Urheberrechte	579
4. Öffentliche Nichtoffenbarungsinteressen	582
5. Sonstige Gegeninteressen	583
6. Fallbeispiele	584
V. Ausgestaltung und Wirkungen eines abzuschließenden Informationszugangsvertrages	596
1. Natur des Vertrages und anzuwendende Rechtsregeln	596
2. Form des Vertrages und des Vertragsschlusses	599
3. Die anzulegenden Maßstäbe zur Bestimmung des Vertragsinhalts	600

4. Synallagmatische Hauptleistungspflichten	602
a) Bestimmung der Höhe der Gegenleistung	603
b) Teilhabe an den Forschungsergebnissen oder deren Verwertung	606
5. Reichweite der Zugangsberechtigung und Folgen des Zugangs	606
a) Gesetzliche Verwendungsgrenzen	607
aa) ... für personenbezogene Daten	607
bb) ... für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	610
cc) ... für urheberrechtlich geschützte Informationen	616
b) Verbleibende Regelungsbedürftigkeit im Vertrag	616
aa) Zweckbindung	616
bb) Geheimhaltungsgebot	617
cc) Zeitliche Verwendungsgrenze	618
6. Sicherungs- und Haftungsabreden	619
a) Verpflichtungen den Umgang mit den erhaltenen Informationsträgern betreffend	619
b) Vertragsstrafe und Sicherheitsleistung	620
c) Haftungsabreden	623
7. Vertragsdurchführung und Zugangsmodalitäten	625
8. Beendigung des Vertrages	626
VI. Zusammenfassung der Rechtslage und Verbesserungsvorschläge de lege ferenda	629
1. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	629
2. Verbesserungsbedürftigkeiten	631
a) Rechtsklarheit und Rechtssicherheit	631
b) Beförderung der Durchsetzbarkeit durch normative Präzisierung des Vertragsinhalts	632
c) Inhalt und Standort eines normativen Informationsvertragsanspruchs des Wissenschaftlers	633
d) Urheberrecht	635
aa) Die Fair Use Doktrin des US-amerikanischen Urheberrechts	636
(1) Charakterisierung der Fair Use Doktrin	636
(2) Anwendung der Fair Use Doktrin auf Fälle der Werkweitergabe und -benutzung zu Zwecken der wissenschaftlichen Forschung	640
(3) Vor- und Nachteile der Fair Use Doktrin im Vergleich zur deutschen Schranken-systematik vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Bedürfnisse	645
bb) Einführung einer Fair Use Regelung im deutschen Urheberrecht	646
cc) Erweiterung des Schranken-kataloges	650
(1) Flexible Schrankenregelung	650
(2) Präzise Schrankenregelung	652
(3) Bedeutung und Reichweite der neuen Schranke	655

C. Ansprüche auf Zugang zu angemessenen Bedingungen gegen prinzipiell Zugangsgewährungswillige	655
I. Problemstellung und Ausgangslage	655
II. Die Lösungsvorschläge der Open-Access-Bewegung	659
III. Kartellrechtliche Ansprüche	664
1. Relevanter Markt und dessen Beherrschung durch den Informationsanbieter	665
2. Privilegierungsgebot zugunsten von Einzelwissenschaftlern	667
3. Preishöhenkontrolle	670
4. Schwachstelle Durchsetzbarkeit	674
IV. Anspruch auf billige Vertragsbedingungen nach § 315 BGB analog ..	676
V. Zusammenfassung und Folgerungen	678
1. Die bestehenden Ansprüche in der Gesamtschau	678
2. Verbleibende Probleme beim Informationszugang zu angemessenen Bedingungen	679
3. Vorschläge zur Verbesserung der Zugangssituation für Wissenschaftler	680
<i>Kapitel 6</i>	
Zusammenfassung	683
Literaturverzeichnis	695
Sachwortregister	754

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abl. Bbg	Amtsblatt für Brandenburg
Abl. BS	Amtsblatt für die Stadt Braunschweig
Abl. M-V	Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
Abs.	Absatz, Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht bzw. AfP – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIG Bbg	Akteineinsichts- und Informationszugangsgesetz Brandenburg
AK	Alternativkommentar
Akt.	Aktualisierung
AktG	Aktiengesetz
AktO	Aktenordnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften
allg. Mng.	allgemeine Meinung
Allg VwR	Allgemeines Verwaltungsrecht
Alt.	Alternative
ANA-ZAR	Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
AnwBl.	Anwaltsblatt
AnwHinwAIG Bbg	Anwendungshinweise zum Akteineinsichts- und Informationszugangsgesetz Brandenburg
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbNErfG	Arbeitnehmerfindungsgesetz
ArchGB	Archivgesetz des Landes Berlin

ArchG-LSA	Landesarchivgesetz Sachsen-Anhalt
ArchG-ProfE	Archivgesetz-Professorenentwurf
ArchivBenutzVO M-V	Archivbenutzungsverordnung Mecklenburg-Vorpommern
ArchivG NRW	Archivgesetz Nordrhein-Westfalen
ArchivNGO NRW	Archivnutzungs- und Gebührenordnung Nordrhein-Westfalen
ArchPR	Archiv für Presserecht: Beilage zum „ZV und ZV“ – Das Organ für Presse und Werbung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Atomgesetz
AtGÄndG	Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes
Aufl.	Auflage
Aug.	August
Ausschußdrs.	Ausschußdrucksache
Az.	Aktenzeichen
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BArchBV	Bundesarchiv-Benutzungsverordnung
BArchG	Bundesarchivgesetz
BArchKostVO	Bundesarchiv-Kostenverordnung
Basis-VO	Basis-Verordnung (= Verordnung (EG) Nr. 178/2002)
BayArchivBO	Bayerische Archivbenützungordnung
BayArchivG	Bayerisches Archivgesetz
BayGBGA	Bayerische Geschäftsanweisung für die Behandlung der Grundbuchsachen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof
BB	Betriebs-Berater
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BBergG	Bundesberggesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgArchivG	Brandenburgisches Archivgesetz
BbgDSG	Brandenburgisches Datenschutzgesetz
Bbg GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg

BbgLHABenO	Brandenburgische Landeshauptarchiv-Benutzungsordnung
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
Bd.	Band, Bände
BDG	Bundesdisziplinalgesezt
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtStatG	Beamtenstatusgesetz
Bearb.	Bearbeiter bzw. Bearbeitung
Begr.	Begründer
Beibd.	Beiband
Beschl.	Beschluß
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BKartA	Bundeskartellamt
BlnDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BlnGebBeitrG	Berliner Gesetz über Gebühren und Beiträge
BlnIFG	Berliner Informationsfreiheitsgesetz
BlnPG	Berliner Pressegesetz
BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BMI	Bundesministerium des Innern bzw. Bundesminister des Innern
BMinG	Bundesministergesetz
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BND	Bundesnachrichtendienst
BPatG	Bundespatentgericht
BPatGE	Entscheidungen des Bundespatentgerichts
BrandGBGA	Grundbuchgeschäftsanweisung des Landes Brandenburg
BremArchivG	Bremisches Archivgesetz
BremDSG	Bremisches Datenschutzgesetz
Brem. GBl.	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
BremIFG	Bremer Informationsfreiheitsgesetz

BremInfFrGebVO	Bremer Informationsfreiheitsgesetz-Gebührenverordnung
bspw.	beispielsweise
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
°C	Grad Celsius
ca.	circa
C.C.D. Mass.	United States Circuit Court, District of Massachusetts
CDPA	Copyright, Designs and Patents Act
Ch	Chancery Division
ChemG	Chemikaliengesetz
ChGR	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
CIPReport	Center for Intellectual Property Report (= Newsletter des Zentrums für Gewerblichen Rechtsschutz)
1 st Cir.	United States Court of Appeals for the First Circuit
2 nd Cir.	United States Court of Appeals for the Second Circuit
4 th Cir.	United States Court of Appeals for the Fourth Circuit
5 th Cir.	United States Court of Appeals for the Fifth Circuit
7 th Cir.	United States Court of Appeals for the Seventh Circuit
9 th Cir.	United States Court of Appeals for the Ninth Circuit
Cir. J.	Circuit Judge
C. J.	Chief Judge
Cl.	Clause
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CR	Computer und Recht
CRI	Computer Law Review International
Ct. Cl.	United States Court of Claims

DA-PStG	Dienstanweisung für die Landesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden
DB	Der Betrieb
D.C.	District of Columbia
D.C. Cir.	United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit
D.D.C.	United States District Court for the District of Columbia
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dems.	demselben
dens.	denselben
ders.	derselbe
DesignG	Designgesetz
Dez.	Dezember
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DJ	Deutsche Justiz
DNBG	Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt
DR	Deutsches Recht
Dr.	Doktor
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DSB	Deutscher Sportbund
DSG M-V	Landesdatenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern
DSG NRW	Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DurchfHinwIFG M-V	Durchführungshinweise zum Informationsfreiheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
ebd.	ebendiese(r) bzw. ebenda
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft

EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
e. K.	eingetragener Kaufmann
E.M.L.R.	Entertainment and Media Law Reports
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ERA Forum	Europäische Rechtsakademie Forum
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe beider Länder
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union bzw. Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EurUP	Zeitschrift für europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA Civ	Court of Appeal of England and Wales, Civil Division
EWHC	High Court of Justice of England and Wales
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende (Singular)
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
F.Cas.	Federal Cases
ff.	folgende (Plural)
FG	Festgabe

FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote(n)
FOIA	Freedom of Information Act
Fortf.	Fortführer
Frh. v.	Freiherr von
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GBGA NRW	Grundbuchgeschäftsanweisung Nordrhein-Westfalen
GBO	Grundbuchordnung
GBV	Grundbuchverfügung
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
GenG	Genossenschaftsgesetz
GenTG	Gentechnikgesetz
GeschBehAV	Allgemeine Verfügung über die geschäftliche Behandlung der Grundbuchsachen
GeschBehAV S-H	Allgemeine Verfügung über die Geschäftliche Behandlung der Grundbuchsachen Schleswig-Holstein
GesR	GesundheitsRecht
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GGV	Gemeinschaftsgeschmacksmuster-Verordnung (= Verordnung (EG) Nr. 6/2002)
GlüStV	Glücksspielstaatsvertrag
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz
GO	Geschäftsordnung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungs-Report
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWBÄndG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Halbbd.	Halbband
Halbs.	Halbsatz
HArchivBO	Hessische Archivbenutzungsordnung
HArchivG	Hessisches Archivgesetz
Hdb	Handbuch
HDSG	Hessisches Datenschutzgesetz
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HmbArchG	Hamburgisches Archivgesetz
HmbDSG	Hamburgisches Datenschutzgesetz
HmbGebG	Hamburgisches Gebührengesetz
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HmbIFG	Hamburgisches Informationsfreiheitsgesetz
HmbTG	Hamburgisches Transparenzgesetz
HmbWoSchG	Hamburgisches Wohnraumschutzgesetz
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber(in)
hrsg.	herausgegeben
HUIG	Hessisches Umweltinformationsgesetz
HwO	Handwerksordnung
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IFGGebV	Informationsgebührenverordnung
IFG M-V	Informationsfreiheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
IFG NRW	Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen
IFG-ProfE	Informationsfreiheitsgesetz-Professorenentwurf
IFG-SH	Informationsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
i. S. d.	im Sinne des bzw. im Sinne der
i. S. v.	im Sinne von
ITRB	Der IT-Rechtsberater
i. ü.	im übrigen

IuR	Informatik und Recht
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w.	im wesentlichen
IWVG	Informationsweiterverwendungsgesetz
iwS	im weiteren Sinne
IZG LSA	Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt
IZG-SH	Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein
J.	Justice
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jb.	Jahrbuch
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JöR n. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, neue Folge
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
Jur. Diss.	Juristische Dissertation
Jur. Habil.	Juristische Habilitationsschrift
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kammerbeschl.	Kammerbeschluß
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KGV Rundbrief	Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren Rundbrief
KommJur	Kommunaljurist
KommPrax BY	Kommunalpraxis, Ausgabe Bayern
KostO	Kostenordnung
K&R	Kommunikation & Recht
KUG	Kunsturheberrechtsgesetz
KuM-Ausschuß	Ausschuß für Kultur und Medien
KWG	Kreditwesengesetz
LArchBO Bln	Landesarchiv-Benutzungsordnung Berlin
LArchBO B-W	Landesarchivbenutzungsordnung Baden-Württemberg
LArchBVO Rh-Pf	Landesarchiv-Benutzungsverordnung Rheinland-Pfalz
LArchG B-W	Landesarchivgesetz Baden-Württemberg

LArchG Rh-Pf	Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz
LArchG S-H	Landesarchivgesetz Schleswig Holstein
LArchivG M-V	Landesarchivgesetz Mecklenburg-Vorpommern
Lb VwR	Lehrbuch des Verwaltungsrechts
LDSG B-W	Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg
LDSG Rh-Pf	Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz
LDSG S-H	Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LIFG Rh-Pf	Landesinformationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz
lit.	littera
L.J.	Lord Justice of Appeal
LK	Leipziger Kommentar
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LM	Lindenmaier-Möhring: Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LPG	Landespressegesetze
LPG NW	Landespressegesetz Nordrhein-Westfalen
LRE	Sammlung lebensmittelrechtlicher Entscheidungen
LSAVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
LStatG Bln	Landesstatistikgesetz Berlin
LStatG S-H	Landesstatistikgesetz Schleswig-Holstein
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LT NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
(L)VwVfG	(Landes-)Verwaltungsverfahrensgesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MilchFettG	Milch- und Fettgesetz
MittDPatAnw	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MK	Mitarbeiterkommentar
MMR	Multimedia und Recht
MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
M. R.	Master of the Rolls
MR-Int.	Medien und Recht – International Edition
MüKo	Münchener Kommentar

m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NArchG	Niedersächsisches Archivgesetz
NC	Numerus Clausus
NDSchG	Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz
NDSG	Niedersächsisches Datenschutzgesetz
NdsOVG	Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht
NdsSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
N.D. Tex.	United States District Court for the Northern District of Texas
Neubearb.	Neubearbeitung
N.F.	Neue Folge
n. F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
No.	Number(s)
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
NVwVG	Niedersächsisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
OGHZ	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Zivilsachen
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ÖOGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof

OSPAR-Übk	Oslo-Paris-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks
ÖVD	Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVG Bln-Bbg	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
OVG MV	Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern
OVG NW	Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen
OVG RP	Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz
OVG SH	Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PatG	Patentgesetz
PatGÄndG	Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes
PatKostG	Patentkostengesetz
Pol.- u. Soz. Diss.	Politik- und Sozialwissenschaftliche Dissertation
PostG	Postgesetz
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
ProfWassLÜbk	Protokoll über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen
PStG	Personenstandsgesetz
Q. C.	Queen's Counsel
Ratsdok.	Ratsdokument
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
RdA	Recht der Arbeit
RDV	Recht der Datenverarbeitung
Red.	Redakteur(e)
Red. Ltg.	Redaktionelle Leitung
RennwLottG	Rennwett- und Lotteriegesetz
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RPflG	Rechtspflegergesetz

Rspr.	Rechtsprechung
RTKOM	Zeitschrift für das gesamte Recht der Telekommunikation
S.	Satz, Sätze bzw. Seite(n)
SächsArchivG	Archivgesetz für den Freistaat Sachsen
SächsDSG	Sächsisches Datenschutzgesetz
SächsUIG	Sächsisches Umweltinformationsgesetz
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen
SArchG	Saarländisches Archivgesetz
Sec.	Section
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch
SIFG	Saarländisches Informationsfreiheitsgesetz
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannte(r/n)
SoldatenG	Soldatengesetz
SortSchG	Sortenschutzgesetz
Soz. Diss.	Sozialwissenschaftliche Dissertation
Soz. Habil.	Sozialwissenschaftliche Habilitationsschrift
Sp.	Spalte
StAZ	Das Standesamt: Zeitschrift für Standesamtswesen
StGB	Strafgesetzbuch
STM	Science, Technology, Medicine
StPO	Strafprozeßordnung
StR	Staatsrecht
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
StUGÄG	Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes
StUKostV	Stasi-Unterlagen-Kostenverordnung
StVÄG	Strafverfahrensänderungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
SWR	Südwestrundfunk
SZ	Sammlung Zivilsachen
Tab.	Tabelle
taz	die tageszeitung

Teilbd.	Teilband
Teils.	Teilsatz
ThürArchivG	Thüringer Archivgesetz
ThürDSG	Thüringer Datenschutzgesetz
ThürGVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
ThürIFG	Thüringer Informationsfreiheitsgesetz
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen
TRIPS	Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
u.	und
u. a.	und andere(n) bzw. unter anderem
UFITA	Archiv für Urheber-, Film- und Theaterrecht bzw. Archiv für Urheber- und Medienrecht
ÜG	Überleitungsgesetz
UIG	Umweltinformationsgesetz
UIGÄG	Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNO	United Nations Organisation
Unterabs.	Unterabsatz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UrhG	Urheberrechtsgesetz
UrhR	Urheberrecht
UrhWahrnG	Urheberrechtswahrnehmungsgesetz
Urt.	Urteil
US	United States
U.S.	United States Reports
USA	United States of America
U.S.C.	Code of Laws of the United States of America
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus bzw. von bzw. vom
v. a.	vor allem
Var.	Variante(n)
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
v. d.	von der
VdA	Verband deutscher Archivarinnen und Archivare

Versäumnisurt.	Versäumnisurteil
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH BW	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
vgl.	vergleiche
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VIGÄndG	Gesetz zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes
VIGGebV	Verbraucherinformationsgebührenverordnung
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorlagebeschl.	Vorlagebeschluß
Votr.	Vortragende
VR	Verwaltungsrundschau
VS	Verschlußsachen
VSA	Verschlußsachenanweisung(en)
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVfG-E	Verwaltungsverfahrensgesetz-Entwurf
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WassLÜbk	Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen
Web-Dok.	Web-Dokument
WeinG	Weingesetz
Wiss. Red.	Wissenschaftliche Redaktion
WissR	Wissenschaftsrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV: Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht

ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZDG	Zivildienstgesetz
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht bzw. Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht
ZIP	ZIP – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZNER	Zeitschrift für neues Energierecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
zugl.	zugleich
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdienst
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß bzw. Zeitschrift für Zivilprozess

Kapitel 1

Einleitung

A. Problemstellung

Wissenschaftliche Forschung, gleich welcher Fachrichtung, ist ohne Informationen nicht denkbar¹. Das ist für sich genommen eine Trivialität, die kaum näherer Begründung bedarf. Und dieser Umstand bleibt auch gänzlich unproblematisch, solange die Informationen für den Wissenschaftler frei verfügbar sind, sei es, daß er sie der Umwelt selbst entnehmen kann, daß sie in öffentlich zugänglichen Einrichtungen, wie Bibliotheken und Museen, zu finden sind oder daß der Inhaber, mag er der Beforschte oder ein Unbeteiligter sein, sie freiwillig gibt.

Die Informationsabhängigkeit der Forschung wird aber dann zu einem – mitunter auch juristisch relevanten – Problem, wenn die Informationen vorhanden, aber nicht ohne weiteres erlangbar sind, weil der Inhaber den Zugang nicht oder nicht zu zumutbaren Bedingungen eröffnen will. Medienaufmerksamkeit haben insoweit etwa die Schwierigkeiten des Historikers *Peter Hammerschmidt* erlangt², dessen Antrag auf Einsichtnahme in die BND-Akten über Klaus Barbie – einem auch als „Schlächter von Lyon“ bekannt gewordenen NS-Verbrecher, zu dem der BND einige Zeit Kontakte unterhielt – für seine Staatsexamensarbeit mit knapper, formelhafter Begründung abgelehnt wurde. Das Scheitern des Forschungsprojektes konnte erst durch Einschaltung des Bundeskanzleramts als Aufsichtsbehörde verhindert werden, auf dessen Eingreifen hin der BND seine Meinung änder-

¹ Vgl. *Berg*, in: Jehle (Hrsg.), Datenzugang und Datenschutz, S. 30 (36); wortgleich *ders.*, CR 1988, 234 (236), der die Freiheit der Wissenschaft als eine „zwar autonome, nicht aber autarke“ charakterisiert und folgert, daß der Forscher „existenziell auf Informationen von außen angewiesen“ ist. Zur Bedeutung der Information für die Wissenschaft allgemein *Blankenagel*, Wissenschaft, S. 65 ff. Zum Informationsbedarf in verschiedenen Forschungsbereichen vgl. auch die beispielhaften Überblicke bei *Mayen*, Informationsanspruch, S. 28 ff.; *Bizer*, Forschungsfreiheit, S. 29 ff.; speziell für die Sozialwissenschaften *Blien/Papastefanou*, CR 1988, 935 (937 ff.).

² Vgl. *Tilman*, Auf den Spuren des Schlächters. Die BND-Akte des Kriegsverbrechers Klaus Barbie, Beitrag der Sendung „Kulturzeit“, ausgestrahlt von 3sat am 15.2.2011; *Doyé/Kramer*, Abwimmeln und Verzögern – Wie der Verfassungsschutz Aufklärung verschleppt, Beitrag der Sendung „Frontal21“, ausgestrahlt vom ZDF am 13.3.2012.

te und den Zugang gewährte.³ Ähnlich verliefen die Zugangsbemühungen zur Barbie-Akte des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen von *Hammerschmidts* Dissertationsvorhaben, die erst auf wiederholtes Drängen und (auch rechtliches) Argumentieren hin teilweise zugänglich gemacht wurde⁴.

Natürlich sind Zugangshindernisse für die Wissenschaft kein Novum; es gab sie schon immer, für manche Fachrichtungen mehr, für andere weniger⁵. Sich mit ihnen zu arrangieren oder sie zu umschiffen, kann zur Kunst des Wissenschaftlers gerechnet werden. Häufig mögen, wie in den geschilderten Fällen, Beharrlichkeit, Verhandlungen oder auch einmal persönliche Kontakte helfen⁶, manchmal wird das Auftun alternativer Quellen, die Abänderung des Forschungsvorhabens oder das Ausweichen auf ein gänzlich anderes Projekt möglich sein. Es wird aber auch immer wieder Fälle geben, in denen sich der Wille eines Wissenschaftlers – vielleicht mit gutem Grund – auf die Durchführung einer ganz bestimmten Forschung verfestigt hat, in denen Verhandlungen mit dem Informationsinhaber nicht weiterhelfen und in denen alternative Informationsquellen nicht offen stehen. Spätestens dann wird die Frage unvermeidlich, ob ein Gang vor Gericht weiterhelfen⁷, ob also der Informationsinhaber rechtlich gezwungen werden kann, die Information dem Wissenschaftler zugänglich zu machen – oder mit anderen Worten, ob ein Anspruch auf Informationszugang besteht.

³ Zu den Einzelheiten siehe die Darstellung seines Weges zu den BND-Akten von *Hammerschmidt*, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 2011, 333 (334 f.).

⁴ Siehe zu den Einzelheiten die Ausführungen von *Hammerschmidt*, Ein Altnazi und die deutschen Geheimdienste. Die Geheimakte Klaus Barbie, taz vom 31.1.2012, S. 4, sowie *Doyé/Kramer*, Abwimmeln und Verzögern – Wie der Verfassungsschutz Aufklärung verschleppt, Beitrag der Sendung „Frontal21“, ausgestrahlt vom ZDF am 13.3.2012.

⁵ Vgl. die überblicksartige Darstellung von *Mayen*, Informationsanspruch, S. 31 ff. m. w. N.; allgemein auch *Gläser*, in: Böschen/Schulz-Schaeffer (Hrsg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*, S. 55.

⁶ Vgl. etwa die Schilderung von *Oldenhage*, in: Weber (Bearb.), *Datenschutz und Forschungsfreiheit*, S. 11 (20), zu einer von ihm gefundenen „praktischen Lösung“ für einen rechtlich wohl unzulässigen Archivalienzugang.

⁷ In Betracht kommt aber bereits eine Vorfeldwirkung eines durchsetzbaren Anspruchs auf Informationszugang, sobald sich bei Informationsinhabern die Kenntnis um diesen verbreitet hat. So nimmt *Hammerschmidt*, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 2011, 333 (335), nachvollziehbar an, daß ein vom BVerwG (E 136, 345) entschiedener, ähnlich gelagerter Fall (es ging um einen Antrag einer Journalistin auf Zugang zu den BND-Akten über den NS-Verbrecher Adolf Eichmann), in dem lediglich pauschale und formale Verweigerungsgründe der Behörde als unzureichend zurückgewiesen und damit die Hürden für eine Zugangsverweigerung erhöht wurden, zur Meinungsänderung des BND im Falle seines Begehrens beigetragen haben dürfte.

Diese Fragestellung weckt unweigerlich Assoziationen zum Presserecht⁸. Denn für die ebenfalls auf Informationen angewiesenen Vertreter der Presse, deren Tätigkeit – wie auch die des Wissenschaftlers – unter besonderem grundrechtlichem Schutz steht⁹, gibt es seit langem einen speziellen Auskunftsanspruch gegen Behörden, geregelt in den Landespressegesetzen¹⁰. Entsprechende Landeswissenschaftsgesetze, die einen ähnlichen¹¹ Anspruch gewährten, existieren allerdings nicht. Doch legt die grundrechtliche „Verwandtschaft“ der Tätigkeiten die Überlegung nahe, ob es eine vergleichbare Regelung für die Wissenschaft nicht geben müßte oder sollte. Damit ist die – im Presserecht umstrittene¹² – Frage aufgeworfen, ob sich nicht bereits aus dem Grundgesetz ein Anspruch auf Informationszugang oder die Notwendigkeit zur einfachgesetzlichen Schaffung eines solchen ergeben kann. Immerhin kommt einer freien Wissenschaft eine „Schlüsselfunktion [...] sowohl für die Selbstverwirklichung des Einzelnen als auch für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung“¹³ zu, die sich auch darin ausdrückt, daß die Forschungsfreiheit des Art. 5 Abs. 3 GG ohne geschriebene Schranken gewährleistet ist¹⁴. Die grundgesetzliche Wertigkeit der wissenschaftlichen Forschung dürfte also kaum hinter derjenigen der freien Presse zurückbleiben.

⁸ So auch bei *Mayen*, Informationsanspruch, S. 34; *Wollenteit*, Informationsrechte, S. 54 f.; *Behnisch-Hollatz*, Recht auf Zugang, S. 148 ff.; *Bayer*, JuS 1989, 191 (193).

⁹ Siehe für die Presse Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG; für die Wissenschaft Art. 5 Abs. 3 GG. Zu letzterem noch ausführlich in Kap. 2 A. (S. 61 ff.).

¹⁰ In den meisten Ländern als § 4 LPG; eine Synopse findet sich bei *Burkhardt*, in: Löffler (Begr.), Presserecht⁵, S. 171 ff. Zum Anspruchsinhalt siehe die Darstellungen bei *Schröer-Schallenberg*, Informationsansprüche der Presse, S. 40 ff., 86 ff.; *Sobotta*, Informationsrecht der Presse, S. 152 ff.; *Staggat*, Rechtsgrundlage, S. 115 ff.; *Burkhardt*, a. a. O., § 4 LPG, Rn. 33 ff., 73 ff.

¹¹ Ein solcher müßte den Bedürfnissen der Wissenschaft angepaßt sein. Auskünfte genügen regelmäßig für die Arbeit der Presse, die Wissenschaft wird aber oft auf Originalquellen angewiesen sein, bedarf also eher eines Einsichtsanspruchs, vgl. *Mayen*, Informationsanspruch, S. 140 f.

¹² Vgl. bejahend: *Burkhardt*, in: Löffler (Begr.), Presserecht⁵, § 4 LPG, Rn. 10, 15 a. E., 55; *Staggat*, Rechtsgrundlage, S. 99 ff.; einen verfassungsunmittelbaren Anspruch grundsätzlich verneinend die h. M.: BVerwGE 70, 310 (313 ff.); *Sobotta*, Informationsrecht der Presse, S. 45 ff.; siehe aber jüngst im Sinne eines Minimalanspruchs bei gesetzgeberischer Nichtregelung: BVerwG, NVwZ 2013, 1006 (1009).

¹³ BVerfGE 35, 79 (114) (*Hochschulurteil*); 47, 327 (368); vgl. auch *Stern*, Staatsrecht, Bd. IV/2, S. 605: fundamentaler Bestandteil für die Existenz des Kulturstaates.

¹⁴ Die Treueklausel des Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG bezieht sich ausdrücklich nur auf die Lehrfreiheit, also den hier nicht näher untersuchten Teil der Wissenschaftsfreiheit.